

# Sächsische Zeitung

1912. Nr. 115.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe

Freitag, 8. März 1912.

Verlagsgesellschaft für Halle und Thierfeld, durch die Postbezugs 3 Mk. für halbes Vierteljahr. Die Halle der Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung (vorm. Zeitungsdruckerei) Halle a. S., Unterhallastraße 4 (Sonntagsblatt), S. 100. Vertikales.

Druck- und Verlagsgesellschaft für Halle und Thierfeld, durch die Postbezugs 3 Mk. für halbes Vierteljahr. Die Halle der Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung (vorm. Zeitungsdruckerei) Halle a. S., Unterhallastraße 4 (Sonntagsblatt), S. 100. Vertikales.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktionstelefon 1272. Chefredakteur: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Hamburger Straße 30. Telefon Amt Kurier Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Tschile in Halle a. S.

## Deutsches Reich.

Der Kaiser in Guxhagen. Die Garnison von Guxhagen wurde am 7. d. Mts. um 9 Uhr 30 Minuten alarmiert, worauf die Strandbatterie sofort Feuer in See eröffnete. Gegen 10 Uhr verließ die Kaiserliche Yacht die „Deutschland“ und ging an Bord des „Willkommen“; in der Begleitung des Kaisers befanden sich außer den Herren des Geleitzes Fürst zu Fürstberg, Admiral v. Hollmann, der Chef der Hofkapelle, Admiral v. Holtzendorff, der Chef des Generalstabes, General der Infanterie v. Wolffe. Der Kaiser wurde von Generaldirektor Mallin auf dem „Willkommen“ empfangen. Das Schiff legte an dem festlich geschmückten weissen Heckschiff des neuen Hafens an. Hier wurde der Kaiser von der Bürgermeisterei Guxhagen, Dr. Burdard und Dr. Schroder begrüßt. Zum Empfang waren ferner anwesend Staatssekretär v. Tirpitz, Admiral Graf v. Baudissin und Vizemadiral v. Heeringen. Der Kaiser begab sich, vom Publikum mit Hochrufen begrüßt, bei schönem Wetter im Automobil durch die mit Fahnen, Girlanden und Ehrenkranzen geschmückte Stadt über den Ort Guxhagen nach Guxhagen, wo ein Schatzkammer in See nach schwimmenden Zielen hoffentlich in unter anderem auch anwesender Prinz Heinrich sowie der Chef des Ingenieurkorps und Honorerkorps, Generalinspektor der Festungen, General der Infanterie Madra. Später bestieg die Kaiser eine Reihe von Bergen. An den Besichtigungen nahm auch der kommandierende General Fhr. v. Kellernberg teil. Der Kaiser begab sich um 12 Uhr mit Prinz Heinrich, dem anwesenden Admiralen, Generalen und dem Geleitz nach Guxhagen. Im Automobil des Kaisers hatten noch Staatssekretär v. Tirpitz und General der Infanterie v. Wolffe Platz genommen. In der Kirche wurde der Kaiser von dem Marineoffizier Baumeister empfangen. Die Kapelle der 1. Infanterie-Artillerie Abteilung lag den Ambrosianischen Vokalisten. Der Kaiser bestieg die Kirche und ließ sich über die gemauerten Stützpfeiler und Schenkel in den Fenstern. Zum Schluss blies die Kapelle das Niederländische Dankgebet. Der Kaiser hielt darauf in der Kapelle eine Rede, in der er den anwesenden hohen Offizieren auch und speziell im Hinblick auf den Offizierskorps.

Bei dem Frühstück im Kasino ließ der Kaiser zwischen Admiral Graf v. Baudissin und Vizemadiral Schach gegenüber Prinz Heinrich zwischen dem Fürsten zu Fürstberg und dem Großadmiral v. Tirpitz. An der Tafel nahm auch der Chef des Zivilkabinetts, Wirklicher Geheimrat v. Valentini, teil, der zum Vortrag hier eingetroffen ist. Der Kaiser feierte gegen 3 Uhr an Bord der „Deutschland“ zurück. Vizemadiral Schach erhielt den Stern zum Roten Adlerorden 2. Klasse. Neben fand an Bord der „Deutschland“ beim Kaiser Tafel statt, zu der u. a. die Hamburger Bürgermeister Dr. Burdard und Dr. Schroder geladen sind.

Veränderungen in diplomatischen Dienst. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet, daß der bisherige Legationssekretär bei der lateinischen Gesandtschaft in Rio de Janeiro, v. Biele, in gleicher Eigenschaft an die Gesandtschaft in Athen verlegt worden ist. Derselbe wird in Rio de Janeiro durch den fürzlich zum Legationssekretär ernannten bisherigen Regierungsassessor Dr. B. Oberer ersetzt werden. Der neuernannte Legationssekretär Dr. G. O. S. ist der Botschaft in London zugeteilt worden.

Der Etat für die neue Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wurde, wie man uns schreibt, in seiner Donnerstags-Sitzung vom Bundesrat verabschiedet. Man kann daher annehmen, daß der Etat als ein Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat für 1912 schon in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen wird. Nach seiner Annahme im Reichstag dürfte dann die amtliche Bekanntgabe der Mitglieder des Direktors, soweit sie zur Organisation der Reichsversicherungsanstalt schon jetzt erforderlich sind, erfolgen. Da beachtlich ist, das Versicherungs-Gesetz für Angestellte am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft zu treten, werden die Vorarbeiten, die bereits seit längeren in Angriff genommen sind, mit größter Beschleunigung weitergeführt werden. Der Haushaltsetat der Reichsversicherungsanstalt bezieht sich lediglich auf das Direktorium. Für die übrigen höheren etatsmäßigen Beamten wird der Besoldungsetat alljährlich vom Bundesrat festgelegt, er unterliegt also nicht der Zustimmung des Reichstages. Der Präsident und die beamteten Mitglieder des Direktors sowie die höheren etatsmäßigen Beamten werden auf Vororschlag des Bundesrats vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Später, wenn erst der Verwaltungsrat der Anstalt, der aus dem Präsidenten des Direktors und mindestens je zwölf Vertretern der Angestellten und der Arbeitgeber besteht, in Funktion getreten ist, ist er auch vor der Ernennung der beamteten Mitglieder des Direktors und der höheren etatsmäßigen Beamten zu hören. Eine der wichtigsten Aufgaben des Direktors wird bekanntlich die Verwaltung und Anlage der Beträge sein. Dieser Aufgabe dürfte dem Direktorium ein auf diesen Gebiete bewandter Fachmann beigegeben werden, dessen Wahl jedoch erst später erfolgen wird.

Kronratensammler. Der als erstgeführter Bericht der Interessen des Mittelstandes bekannte forstwirtschaftliche

geordnete Sa am r beleuchtete am 26. Februar im reichlichen Abgeordnetenhaus die Zustände im Baugewerbe und forderte dabei zur wirksamen Bekämpfung des Bau-schwundes das Inkrafttreten des zweiten Teils des Gesetzes zum Schutze der Handwerker. Bei dieser Gelegenheit wies der konservative Redner darauf hin, daß bei zweifachen Hypotheken fast immer ein solches Danno geschäft werden muß; man kann heute kaum noch eine zweite Hypothek von p. B. 25 000 Mark bekommen, ohne etwa ein Danno von 500 oder 800 Mark zu zahlen. Außerdem müßten die so geschöpften Grundstücksbesitzer noch 5 v. H. Zinsen und mehr zahlen. Man kann dem Abg. Sommer nur recht geben, wenn er ein solches Vorgehen als Krawattenmacherei bezeichnet. Wehe den Bauherren, der solchen Halsabschnidern in die Hände fällt! Auch er mit so teuren Geld bauen, dann ist das Haus noch fertigstellung unter Umständen — und leider trifft das nur in allzu vielen Fällen zu — schon bis auf den letzten Ziegelflecken mit Hypotheken belastet. Eine Krise ist die unausbleibliche Folge. Diese bedeutet aber nicht nur den Zusammenbruch des Baunternehmers, sondern fast immer auch eine empfindliche Schwächung der Bauhandwerker, die selten ihre Vierziger bezahlt erhalten. Es wird Aufgabe des Gesetzgebers sein, diesen Krawattenmachern das Handwerk zu legen und Mittel und Wege zu finden, um die Bauhandwerker vor Verlusten zu schützen. Der Januumsaufschub zu Berlin, es sind 16 vereinigte Januums, veranlaßte eine Enquete über Handwerkerverluste in Berlin für die Jahre 1907/08. Es wurden an die hier aufgeführten Bauhandwerker 2400 Fragebogen ausgegeben. Von diesen gingen aber nur 765 wieder ein, und zwar aus dem bekannten Grunde, weil die meisten Handwerker sich scheuen, ihre Verluste anzugeben; sie fürchten, daß sie sonst ihren Kredit verlieren. Diese 765 Bauhandwerker aber, die geantwortet hatten, verzeichnen einen Verlust von 6 800 000 Mark. Trotzdem wird eingewandt, es seien immer dieselben Leute, die von den Bauwundern gerufen würden. Das trifft aber bei diesen Zahlen nicht zu. Denn 765 Bauhandwerker in Berlin sind doch nicht immer dieselben. Die Handwerkerkammer veranlaßte in der gleichen Angelegenheit für die Jahre 1907—1910 ein neue Erhebung und stellte aus den ihr zugegangenen Mitteilungen fest, daß Groß-Berlin zur Zeit der Enquete 868 unzuverlässige Baunternehmer besaß. In anbricht dieser Zahlen ist es um to betrieblen, wenn man erfährt, daß nur 14 Baunternehmer von dem Polizeipräsidenten mit der Entziehung der Baubezugnis bestraft worden sind.

Im Bundesrat wurde der Entwurf eines Besoldungs- und Beinhaltsetat der Reichsbankbeamten auf das Jahr 1912 dem zuständigen Ausschüsse überwiegen und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1911 die Zustimmung erteilt.

Bei der Kommagenerwahl für den letzten Reichstagesrat v. Tsch in Weingarten im zweiten Potenzen Wahlbezirk (Pöten-See, Rotten-See, Rorhult) wurden insgesamt 480 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Rittergutbesitzer 210 Stimmen, auf Tempelhof-Dombrowski (sen.) 260 Stimmen, auf Stefan Mendelsohn-Barlowe (Felo) 229 Stimmen, 16 Stimmen waren gesplittert; v. Tempelhof ist somit gewählt.

Nichtschätzung eines sozialdemokratischen Bürgermeisters. Wie die „Mündener Post“ meldet, ist dem zum Bürgermeister von Beienberg gewählten Sozialdemokraten Ulrich vom Ministerium des Inneren in letzter Sitzung die Bestätigung verweigert worden.

## Preußischer Landtag.

### Herrnhaus.

Sitzung vom 7. März 1912.

Am Ministerpräsidenten: Handelsminister Dr. Egidow. Präsident v. Wedel-Piedborf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Das Haus ehrte das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Berichterstatter Oberbürgermeister Ader-Königsberg referierte jedoch über die Verhandlungen in der Kommission über den Gesetzentwurf betr. die Ausübung der Armenpflege bei Arbeitslosen und säumigen Körperpflichtigen.

Nach den Beschlüssen der Kommission soll auch die Unterbringung derjenigen, die sich böswillig der Unterhaltspflicht ihrer Angehörigen entziehen, in eine als geeignet anerkannte Privat-anstalt erfolgen können. Auch sollen Kinder, die die Unterhaltspflicht ihren Eltern gegenüber verabsäumen, von dem Gesetz betroffen werden können.

In der Generaldebatte bemerkte Unterstaatssekretär Solf: Die Armenverbände müssen durch gesetzliche Bestimmungen davor bewahrt werden, daß sie in ungegründeter Weise zu den Kosten der Unterhaltung der Arbeitslosen herangezogen werden. Nebenfalls können dagegen erhoben werden, daß die Vorarbeiten des Gesetzes auch auf die Kinder ausgedehnt werden sollen. Aber diese Bedenken sind nicht schwerwiegend Natur. Ich bitte die Vorlage in der Fassung der Kommission anzunehmen.

Oberbürgermeister Metzger-Berlin: Das Bedürfnis, einen Arbeitsmann einzuführen, wird besonders in Berlin lebhaft

empfangen. Aber ich kann trotzdem nicht für das Gesetz stimmen, weil es sich hier um eine strafrechtliche Materie handelt, für die das Reich zuständig ist. Das Gesetz verstoßt nach meiner Ansicht gegen den Grundsatz der Trennung der Justiz von der Verwaltung.

Damit schloß die Generaldebatte. § 1 (Unterhaltungspflicht der Armenverbände) wurde ohne Debatte angenommen.

Zum arbeitslosen § 1a, in welchem Bestimmungen über die Unterbringung der Arbeitslosen getroffen werden, begründete Dr. v. Dittmann seinen Antrag, wonach die Unterbringung nicht erfolgen soll, wenn der säumige Körperpflichtige nicht arbeitslos und erwerbsfähig ist.

Oberbürgermeister Bender-Weiland wandte sich gegen die Einbeziehung der Kinder in das Gesetz, wenigstens solcher unter 16 Jahren. Im übrigen müßte die Anzeigepflicht reichsgesetzlich geregelt werden.

Nach weiterer Debatte wurde § 1a mit dem Zusatzantrag Dittmanns angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest des Gesetzes.

Es folgte die Beratung des Ausführungsgesetzes zur Maß- und Gewichtserordnung vom 30. Mai 1908. Danach wird gemäß der Reichs-Maß- und Gewichtserordnung das Gesetz vom Jahre 1889, nach welchem die Eisenart-Gemeindeenthalten waren, aufgehoben.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Der Gesetzentwurf betr. die Vertretung der Berliner Synagogengemeinde wurde auf Grund einer Petition der Kommunität unterliegen.

Nach debattierter Annahme einer Reihe von Entwürfen betr. Änderung von Amts- bzw. Landgerichtsbezirken verlagte sich das Haus am Freitag 1 Uhr. (Knappschafts-Novelle, Lotterievertrag zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten, Heiner Vorlagen.)

Schluß 5 1/4 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 7. März 1912.

Am Ministerpräsidenten Finanzminister Dr. Sengke. Präsident Dehr. v. Erla eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Zunächst wurde die zweite Beratung des Etats beim Etat der direkten Steuern fortgesetzt, und zwar bei dem an die Budgetkommission zurückverwiesenen Titel betreffend die Aufstellung von besonderen Kommissionen der Verwaltungs-Kommissionen.

Beischluß wurde der Antrag v. Hennigs-Tschin (Konf.) beraten, nach welchem die besonderen Beamten nur für Kreise aufgestellt werden sollen, in denen die Verwaltung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Budgetkommission beantragt, mit Rücksicht auf die Erklärungen des Ministers in der Kommission über die Anstellung der besonderen Beamten den Antrag v. Hennigs für erledigt zu erklären.

Das Haus beschloß demgemäß, nachdem Abg. v. Hennigs (Konf.) die Erklärung des Ministers in der Kommission als ausreichend bezeichnet hatte.

Es folgte die Beratung des Etats des Finanzministeriums und zwar wurde auf Vorschlag des Abg. Dr. Friedberg (Nat.) zunächst über die Anleihefrage verhandelt.

Abg. Dr. Weinig (Konf.): Die Staatsanleihen sollten auch den Heinen Sparern zugänglich gemacht werden.

Abg. Reiff (Nat.): Der Erlaß der letzten Emision vom Januar, die nur mit 58 Millionen überzogen worden ist, kann nicht als besonders befriedigend bezeichnet werden. Die starke Finanzschwäche des Geldmarktes ist auf das Kreditbedürfnis der Industrie zurückzuführen, was ja ein Zeichen dafür ist, daß Handel und Wandel bei uns blühen. Um den Kuren der Staatsanleihen zu heben, wird es zweckmäßig sein, daß Staat und Versicherungsanstalten einen Teil ihrer Mezerien in Staatsanleihen anlegen. Weßiglich der Abwanderung deutschen Kapitals nach den Anleihe hat bereits der Finanzminister in der Kommission erklärt, daß auch seine Darlehen der Gewer ausländischer Werte noch nicht einen solchen Umfang angenommen habe, daß eine Gefährdung für unsere Geldmarkt vorliege. Daß sich ein gewisser Bestand von internationalen Werten in den Händen unserer Publikums und unserer Intimite befinde, halten wir für nichtig.

Abg. Schilling (Nortf. Spt.): Der niedrige Stand der Staatsanleihe ruht daher, daß erhebliche Mittel in industriellen Unternehmungen festgelegt sind. Dieser niedrige Stand ist aber für uns ein Grund dagegen, das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung durch Anleihen zu decken.

Finanzminister Dr. Sengke: Wenn auch die Finanzlage Preußens durchaus geteilt, mehr Anleihen anzunehmen, so muß das doch mit der allergrößten Vorsicht geschehen. Die preussischen Papier sind die sichersten, die es nur geben kann. Der Staat würde ohne Zweifel auf die Dauer Schaden leiden, wenn wir jährlich mit größeren Anleihen, als notwendig wäre, an den Markt heranzutreten würden. Die Frage des Anleihestandes ist Gegenstand der ersten Erwägungen. Wir müssen einen größeren Kreis von festen Annehmern suchen, und dann müssen wir möglichst zurückhaltend in der Ausgabe neuer Anleihen sein. Abg. Reiff hat gewünscht, daß auch die Privatversicherungsanstalten zur Anlage eines Teils ihres Vermögens in Staatspapieren herangezogen werden sollen. Dafür ist die Reichsregierung zuständig, und es schweben zur Zeit Erwägungen über solche gesetzliche Maßnahmen. Selbstverständlich können diese Versicherungsanstalten nicht in





